

Startseite > Wismar > Klütz: Betroffene protestieren gegen rückwirkende Zweitwohnungssteuer

Demo in Klütz

+ Mehr als 2000 Betroffene: Ärger um Zweitwohnungssteuer an der Ostseeküste



Anhören

Seit Monaten wehrt sich Gerhard Bley aus Boltenhagen gegen die Neuberechnung der Zweitwohnungssteuer im Klützer Winkel. Ohne Antwort vom Amt. Jetzt hat er mit 40 anderen Betroffenen in Klütz demonstriert.

Michael Prochnow und Malte Behnk

29.12.2025, 17:03 Uhr



Klütz. Gerhard Bley reicht es. Der Ruheständler aus Boltenhagen wartet nach eigener Aussage seit etlichen Monaten auf eine Antwort vom Amt. Er hatte Widerspruch eingelebt gegen die rückwirkende Erhebung und Erhöhung der Zweitwohnungssteuer. Und weil nichts passiert, hat er andere Besitzer von Zweitwohnungen im Klützer Winkel

zur Demo aufgerufen.

Etwa 40 Betroffene sind an diesem Montag auf den Klützer Marktplatz gekommen. Auf Schildern zeigten sie, worum es ihnen ging. Und sie nutzten die Gelegenheit, sich persönlich zu treffen und über ihren Ärger auszutauschen. „Zwischen den Feiertagen sind viele in ihrer Zweitwohnung. Sonst leben alle weit verstreut“, begründete Gerhard Bley auch den Termin der Demo.





Gerhard Bley aus Boltenhagen hatte die Demo wegen der schleppenden Bearbeitung der Zweitwohnungssteuer organisiert.

Quelle: Malte Behnk

Mehr als 1000 Widersprüche

Seinen Recherchen zufolge gibt es mehr als 1000 Widersprüche, die in der Verwaltung liegen und nicht bearbeitet würden. Bley und seine Mitstreiter fordern, dass endlich gehandelt wird. „Wenn wir gemeinsam klagen wollen, ist es für einen Anwalt deutlich attraktiver, 200 ähnlich gelagerte Fälle zu bearbeiten als nur einen mit einem Streitwert von 4000 Euro“, sagte er bei der Demo.

Darum geht es konkret: Seit Dezember 2024 haben Besitzer von Zweitwohnungen Bescheide erhalten, nach denen sie die für vier Jahre rückwirkend neu berechnete und deutlich angehobene Steuer bezahlen sollen. Das Verwaltungsgericht Schwerin hatte die Satzungen für die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in Boltenhagen, Klütz, Kalkhorst, Hohenkirchen und Zierow 2023 für unwirksam erklärt.

Mehr zum Thema



[Viele Beschwerden gegen Bescheide](#)

Erhöhte Zweitwohnungssteuer: Amt im Klützer Winkel braucht mehr Personal



[Zu wenig Personal](#)

Zweitwohnungssteuer: Darum gehen Boltenhagen und anderen Gemeinden Millionen Euro verloren



[Streit ums Geld](#)



Zweitwohnungssteuer: Boltenhagener kritisiert zu großen Aufwand und Ungleichbehandlung

Für die neu berechneten Beträge war das Amt verpflichtet, so weit wie möglich rückwirkend Geld einzufordern. So sollen die Gemeinden auch mehr Einnahmen generieren. Bescheide von durchschnittlichen Zweitwohnungen in der Region weisen Forderungen von etwa 2000 Euro für vier Jahre aus.

Bei etwa 2250 Bescheiden könnte es sich also um einen Betrag von mehr als vier Millionen Euro handeln, der in die Haushalte der Kommunen fließen soll. Allerdings schafft es die Behörde bislang nicht, die Widersprüche gegen die Bescheide zeitnah zu bearbeiten, geschweige denn Antworten zu verschicken.

2250 Bescheide verschickt

So hat die Amtsverwaltung Klützer Winkel im Jahr 2024 im Namen der Gemeinden rund 2250 Bescheide verschickt. Fast 400 Beschwerden und Widersprüche gingen daraufhin ein, inzwischen ist die Zahl deutlich angestiegen. Das bindet zusätzliche Arbeitskraft in der Finanzabteilung des Amtes.

Das bestätigt die Amtsvorsteherin Mandy Krüger. „Mit dem vorhandenen Personal in der Amtsverwaltung ist es nicht zu schaffen, weil durch das Urteil gegen die Satzungen der Zweitwohnungssteuer so viel aufzuarbeiten ist“, sagt sie.



Etwa 40 Besitzer von Zweitwohnungen im Klützer Winkel kamen zur Demo gegen die Zweitwohnungssteuer in Klütz.

Quelle: Malte Behnk

Politische Entscheidungen für mehr Personal

Den Personalmangel in dem Bereich hatte das Amt schon im Februar gemeldet. Doch gerade für das Einstellen zusätzlicher Mitarbeiter werden politische Entscheidungen des Amtsausschusses benötigt. „Außerdem mussten für die Finanzierung der zusätzlichen Stellen Verträge mit den Gemeinden geschlossen werden, in denen Zweitwohnungssteuer erhoben wird“, erklärt Krüger weiter.

Es muss nämlich nur für fünf der sechs Gemeinden im Amtsgebiet die Zweitwohnungssteuer berechnet werden. All diese Entscheidungen wurden über das abgelaufene Jahr gefällt.

Acht zusätzliche Stellen werden besetzt

Dadurch sind inzwischen auch acht zusätzliche Stellen in der Amtsverwaltung geschaffen worden, um den Arbeitsaufwand bewältigen zu können. Einige Stellen sind auch schon besetzt. „Für 2026 wurde im Haushalt des Amtes außerdem eine Stelle zur Bearbeitung von Widersprüchen eingerichtet“, so Mandy Krüger.

Da bereits Forderungen für 2020 verjährt sind, hat sich die Verwaltung bislang darauf konzentriert, weiter zu erfassen und offene Fälle zu bearbeiten. Die Bearbeitung der Widersprüche habe man nach hinten verschoben.

Rund 1000 Widersprüche

Gerhard Bley vertritt die Ansicht, dass die Verwaltung viel Zeit und Arbeitsaufwand einsparen könnte, würde sie Musterverfahren wegen der rund 1000 Widersprüche führen. Denn so müsse jeder Fall einzeln geprüft und bearbeitet werden. Passiert ist bislang nichts, weder sind die Bescheide verschickt worden, noch habe Bley von der Amtsverwaltung eine Antwort bekommen, wie die Behörde mit dem Problem umgehen werde.



Zweitheimat – Deine Post von der Ostseeküste

„Zweitheimat – Deine Post von der Ostseeküste“ ist dein Newsletter mit Meerwert! Für alle, die die



Ostsee lieben. Was tut sich an der Küste? Wohin entwickelt sich dein Ferienort? Welches Ausflugsziel lohnt sich? Neues von der Lübecker Bucht bis Swinemünde. Deine Auszeit am Meer – jeden Donnerstag in deinem Postfach!

E-Mail-Adresse eingeben

Abonnieren

Mit meiner Anmeldung zum Newsletter stimme ich der [Werbevereinbarung](#) zu.

Leitende Verwaltungsbeamtin kündigt Abschied an

Tatsache ist, dass Personal in der entsprechenden Abteilung fehlt. Das hatten die Amtsleitung und die Amtsvorsteherin in den vergangenen Monaten mehrfach eingeräumt und Abhilfe versprochen. Doch nun das: Die leitende Verwaltungsbeamtin hat vor wenigen Tagen ihren Abschied angekündigt, ein genauer Zeitpunkt steht noch nicht fest.

Laut Gerhard Bley sei auch nicht allein das Amt für die missliche Situation verantwortlich, „sondern auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Gemeinden des Amtes und die Mitglieder des Amtsausschusses. Hier ist Führungsverantwortung gefordert“.

OZ

VERWANDTE THEMEN

Boltenhagen

Boltenhagen-Urlaub

Grevesmühlen: Menschen der Region

Schwerin

Tourismus

Steuern

MEISTGELESEN IN WISMAR

1 [Vermieter in der Kritik](#)

Leerstand in Krämerstraße besorgt Händler: „Ich versuche, Wismar treu zu bleiben“

27.12.2025